

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stephan Hilsberg, Bodo Seidenthal, Edelgard Bulmahn, Klaus Barthel, Hans Berger, Anni Brandt-Elsweier, Tilo Braune, Ursula Burchardt, Hans-Martin Bury, Dr. Michael Bürsch, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Marliese Dobberthien, Peter Enders, Elke Ferner, Lothar Fischer (Homburg), Monika Ganseforth, Angelika Graf (Rosenheim), Klaus Hagemann, Christel Hanewinckel, Rolf Hempelmann, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Ingrid Holzhüter, Barbara Imhof, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspareit, Siegrun Klemmer, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Christine Kurzhalz, Christa Lörcher, Dorle Marx, Herbert Meißner, Ursula Mogg, Siegmar Mosdorf, Christian Müller (Zittau), Dr. Edith Niehuis, Doris Odendahl, Günter Oesinghaus, Margot von Renesse, Dr. Edelbert Richter, Günter Rixe, Marlene Rupprecht, Gudrun Schaich-Walch, Dieter Schanz, Dr. Siegfried Scheffler, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Ulla Schmidt (Aachen), Heinz Schmitt (Berg), Ernst Schwanhold, Wolfgang Spanier, Dr. Dietrich Sperling, Lisa Seuster, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Jörg Tauss, Wolfgang Thierse, Reinhard Weis (Stendal), Wolfgang Weiermann, Hildegard Wester, Lydia Westrich, Inge Wettig-Danielmeier, Hanna Wolf (München), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Ausbildung und Arbeitsmarktchancen von Ingenieurinnen und Ingenieuren

Der Wohlstand unseres Landes beruht auf dem Können, dem Wissen und der Leistung von vielen Millionen Menschen. Im internationalen Wettbewerb können wir nicht einseitig durch Druck auf die Kostenseite bestehen, sondern nur durch Innovation und Wachstum, durch hohe Qualität der Produkte und Dienstleistungen, durch Forschung und Bildung. Sie sind der Schlüssel zur Zukunft. In diesen Bereichen muß der Staat sich engagieren.

In einer Offensive für Innovation und Qualifikation kommt allen Ingenieurberufen wachsende Bedeutung zu. Der hohe Stellenwert der Ingenieurwissenschaften für die verarbeitende Industrie und für die Informationstechnik und -vermittlung ist allgemein bekannt. Ihr Stellenwert für den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze hat sich, auch aufgrund der alle Lebens- und Arbeitsbereiche durchdringenden neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, erhöht, trotz des Strukturwandels hin zum Dienstleistungsbereich.

Dennoch ist seit Jahren die Anzahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger vor allem im Kernbereich der Ingenieurwissen-

schaften (Maschinenbau, Elektrotechnik) rückläufig. Hierzu hat sicher die Diskussion über Gefährdungen des „Standorts“ Deutschland, insbesondere der exportorientierten Industrie (z. B. Maschinenbau) ebenso beigetragen wie die Rationalisierung und Verbesserung der Kosten- und Ertrags situation durch Personalabbau. Gleichwohl mehren sich die Anzeichen, daß der Bedarf an ingenieurtechnischen Qualifikationen mittel- und langfristig weiter bzw. wieder steigt. Zugleich gibt es in einzelnen Fachrichtungen gegenläufige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt (z. B. im Baubereich).

Eine Bedarfssteuerung der Ausbildungskapazitäten ist weder verfassungsrechtlich zulässig noch bildungsökonomisch möglich. Statt jedoch die Universitäten/Technischen Hochschulen und die Fachhochschulen mit ihren Problemen zyklisch schwankender Kapazitätsauslastung allein zu lassen, muß gehandelt werden: zum Beispiel durch Intensivierung der Studien- und Berufsberatung und durch Verbesserung der Attraktivität der ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge, damit sich die potentiellen Studienplatzbewerberinnen und Studienplatzbewerber wieder verstärkt auch diesen Disziplinen zuwenden. Zum Beispiel durch Förderung interdisziplinärer Studiengänge und Ausbau der Weiterbildung, auch um die Attraktivität des ingenieurwissenschaftlichen Studiums zu verbessern. Ein einmaliger „Dialog“ reicht nicht, er bedarf zudem der Umsetzung.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Von welchen Entwicklungen der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt geht die Bundesregierung im Ingenieurbereich bis zum Jahre 2010 aus, insgesamt und differenziert nach
 - a) Regionen, insbesondere Ost- und Westdeutschland,
 - b) einzelnen Fachrichtungen (insbesondere Elektrotechnik, Maschinenbau, Verfahrenstechnik, Bauwesen),
 - c) Niveau der Abschlüsse (Universität/Gesamthochschule, Fachhochschule),
 - d) Wirtschaftsbereichen (Industrie, Dienstleistungen, öffentlicher Dienst),
 - e) Geschlecht der Absolventen?
2. Wie hat sich die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 1990 und heute entwickelt, die einen Abschluß in Ingenieurwissenschaften erworben haben bzw. mit anderer Vorbildung oder Berufserfahrung als Ingenieurinnen bzw. Ingenieure tätig sind, und
 - a) worauf beruhen die Angaben und Schätzungen der Bundesregierung,
 - b) wie verläuft diese Entwicklung nach Art des erworbenen Abschlusses,
 - c) wie verläuft sie nach Ausbildungsrichtungen,
 - d) wie stellt sie sich regional dar – insbesondere hinsichtlich ost- und westdeutscher Besonderheiten

- e) und wie verläuft sie, unterschieden nach Männern und Frauen,
 - f) wie hoch schätzt die Bundesregierung den Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die nicht als Ingenieurinnen bzw. Ingenieure tätig sind (soweit möglich mit Differenzierung wie in Frage 1) und wie bewertet die Bundesregierung dies?
3. Von welcher zukünftigen Entwicklung bis zum Jahre 2010 geht die Bundesregierung hierbei aus, und
- a) worauf beruhen die Angaben und Schätzungen der Bundesregierung,
 - b) wie verläuft diese Entwicklung nach Art des erworbenen Abschlusses,
 - c) wie verläuft sie nach Ausbildungsrichtungen,
 - d) wie stellt sie sich regional dar – insbesondere hinsichtlich ost- und westdeutscher Besonderheiten
 - e) und wie verläuft sie, unterschieden nach Männern und Frauen?
4. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige Entwicklung von Qualifikationen und Arbeitsmarktchancen von Ingenieurinnen und Ingenieuren, und
- a) worauf beruhen die Angaben und Schätzungen der Bundesregierung,
 - b) wie verläuft diese Entwicklung nach Art des erworbenen Abschlusses,
 - c) wie verläuft sie nach Ausbildungsrichtungen,
 - d) wie stellt sie sich regional dar – insbesondere hinsichtlich ost- und westdeutscher Besonderheiten
 - e) und wie verläuft sie, unterschieden nach Männern und Frauen?
5. Worin bestehen nach Ansicht der Bundesregierung die grundsätzlichen Ziele und Qualifikationen einer Ingenierausbildung, und
- a) welche Unterschiede bestehen tatsächlich zwischen den an einer Universität/Technischen Hochschule und an einer Fachhochschule in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen vermittelten Qualifikationen, und wie sollten sich diese Unterschiede nach Auffassung der Bundesregierung künftig entwickeln,
 - b) welche Unterschiede bestehen demgegenüber zu der entsprechenden Berufsausbildung an Berufsakademien?
6. Wie hat sich seit 1970 bzw. 1990 die Zahl der Studierenden, der Studienanfängerinnen und Studienanfänger und der Absolventinnen und Absolventen in den Ingenieurwissenschaften insgesamt und in den einzelnen ingenieurwissenschaftlichen Fächern entwickelt (Differenzierung wie in Frage 1), und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?
7. Mit welcher Hochschulzugangsberechtigung (Abitur und/ oder vor Studienbeginn abgeschlossene weitere Berufsaus-

- bildung) sind die Studienanfängerinnen und Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften an Universitäten/Technischen Hochschulen bzw. Fachhochschulen ausgestattet, wie haben sich diese Qualifikationen seit 1970 bzw. 1990 verändert, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?
8. Welche Konsequenzen hat die veränderte Studienplatznachfrage seit 1990 für die Hochschulen, und wie haben sich die Hochschulen auf diese Veränderungen eingestellt?
Wie beurteilt die Bundesregierung die daraufhin von den Hochschulen eingeleiteten Maßnahmen, z. B. auf dem Felde der Studienberatung, von „Schnupperkursen“, der Einrichtung neuer Studiengänge (Technische Fakultäten), auch im interdisziplinären Bereich (Ökologie), und wie unterstützt die Bundesregierung diese Aktivitäten in Abstimmung mit den Ländern?
9. Wie hat sich die Arbeitslosigkeit bei Ingenieurinnen und Ingenieuren seit 1990 entwickelt, aufgeschlüsselt nach
a) Branchen,
b) Regionen,
c) Geschlecht,
d) Abschlußrichtungen,
e) Abschlußniveau?
10. Worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für diese Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei Ingenieurinnen und Ingenieuren allgemein und hinsichtlich der Besonderheiten in einzelnen Branchen, Regionen, Geschlecht, Ausbildungsrichtungen und Abschlußniveau, und was gedenkt die Bundesregierung zum Abbau dieser Arbeitslosigkeit zu tun?
11. Welche Auswirkungen hat die veränderte Arbeitsmarktlage für die Studierenden hinsichtlich
a) neben dem Studium erworbener Qualifikationen (Praktika, Erwerbstätigkeit während des Studiums im angestrebten Beruf, im Ausland absolvierte Studienabschlüsse u. a.),
b) der Entwicklung der Studiendauer,
c) der Entwicklung des Studienabbruchs,
d) der Entwicklung des Studienfachwechsels?
12. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, auch im Rahmen der Bund-Länder-Kommission und der bildungspolitischen Zusammenarbeit mit den Ländern, zur Beurteilung der Entwicklung in den ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen gewonnen, und was gedenkt sie für die Ingenieurausbildung zu tun,
a) zum Ausbau und zur Modernisierung der Hochschuleinrichtungen im Bereich der Universitäten/Technischen Hochschulen und der Fachhochschulen, einschließlich Bibliotheken, Großgeräten u. a.,
b) im Rahmen von Hochschulsonderprogrammen,
c) bei der Förderung von Modellversuchen,

- d) im Rahmen des Fernstudiums,
e) bei der Verbesserung der Studien- und Berufsberatung,
f) unter Nutzung der Ressortforschung zur Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen, auch für die Studienreform und im Hinblick auf Berufsaussichten in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V. (ZVEI), des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA) und des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) zur Verbesserung der Ingenieurausbildung, und welche Konsequenzen zieht sie hieraus?
14. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Interesse von jungen Frauen und Männern am Ingenieurstudium auch durch die öffentliche Anerkennung von Ingenieurleistungen geweckt werden kann, und welchen Beitrag kann die Bundesregierung, auch im Zusammenwirken mit den Ländern, Berufsverbänden u. a. hierzu, leisten?
15. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um besonders qualifizierten Fachhochschulingenieurinnen und Fachhochschulingenieuren die unmittelbare Zulassung zum höheren Dienst in der öffentlichen Verwaltung zu ermöglichen?
16. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß besonders die technischen Verwaltungen des öffentlichen Dienstes Impulsgeber für Zukunftsfragen sein müssen?

Wie will sie erreichen, daß der öffentliche Dienst auch für hochqualifizierte Ingenieurinnen und Ingenieure attraktiv bleibt, und durch welche Maßnahmen will sie sicherstellen, daß Leitungsfunktionen in technischen Verwaltungen Ingenieurinnen und Ingenieuren und Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftlern vorbehalten bleiben?
17. Wie will die Bundesregierung erreichen, daß in den technischen Verwaltungen die Sachkunde erhalten bleibt, die für die Abwicklung der Aufträge benötigt wird, wenn dort überproportional Personal, besonders mit ingenieurwissenschaftlicher Qualifikation, abgebaut wird?
18. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige und zukünftige Entwicklung hinsichtlich der Zahlen der angestellten und beamteten Ingenieurinnen und Ingenieure in den öffentlichen Verwaltungen bei Bund, Ländern und Kommunen?

Wie viele waren 1985, wie viele 1995 und wie viele werden voraussichtlich 2005 in öffentlichen Verwaltungen tätig sein?

Bonn, den 25. März 1998

Stephan Hilsberg
Bodo Seidenthal
Edelgard Bulmahn
Klaus Barthel
Hans Berger

Anni Brandt-Elsweier
Tilo Braune
Ursula Burchardt
Hans-Martin Bury
Dr. Michael Bürsch

Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Marliese Dobberthien
Peter Enders
Elke Ferner
Lothar Fischer (Homburg)
Monika Ganseforth
Angelika Graf (Rosenheim)
Klaus Hagemann
Christel Hanewinckel
Rolf Hempelmann
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Ingrid Holzhüter
Barbara Imhof
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspareit
Siegrun Klemmer
Horst Kubatschka
Dr. Uwe Küster
Christine Kurzhalz
Christa Lörcher
Dorle Marx
Herbert Meißner
Ursula Mogg
Siegmar Mosdorf
Christian Müller (Zittau)
Dr. Edith Niehuis
Doris Odendahl

Günter Oesinghaus
Margot von Renesse
Dr. Edelbert Richter
Günter Rixe
Marlene Rupprecht
Gudrun Schaich-Walch
Dieter Schanz
Dr. Siegfried Scheffler
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ulla Schmidt (Aachen)
Heinz Schmitt (Berg)
Ernst Schwanhold
Wolfgang Spanier
Dr. Dietrich Sperling
Lisa Seuster
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Jörg Tauss
Wolfgang Thierse
Reinhard Weis (Stendal)
Wolfgang Weiermann
Hildegard Wester
Lydia Westrich
Inge Wettig-Danielmeier
Hanna Wolf (München)
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333